



AMTSBLATT

DES K. u. K. KREISKOMMANDOS IN OPATÓW.

Abonnement vierteljährig 3 Kronen,
einzelne Exemplare 10 Heller.

Nr. 7.

Opatów, am 1. April 1916.

INHAHT: 1. Warnung. — 2. Tabakmonopol. — 3. Herausgabe von Kriegsgut und Privateigentum. — 4. K. u. k. Etappenpost- und Telegraphenamt I Klasse in Ostrowiec. — 5. Unterhaltungen in öffentlichen Lokalen. — 6. Kundmachung des k. u. k. M. G. G. betreffend neuen Tarif für die Beförderung von Zivilgütern, lebenden Tieren und Leichen. — 7. Verzehrungssteuereinhebung in Okkupationsgebiete. — 8. Ausserkraftsetzung aller Kundmachungen, welche vor Aufstellung des k. u. k. Kreiskommandos im Kreise Opatów erlassen wurden. — 9. Frühjahrsanbau. — 10. Feuerwehren. — 11. Prämien für Anzeigen der nicht angemeldeten Vorräte an Körnerfrucht. — 12. Massnahmen zur Vertilgung von Obstbaumschädlingen. — 13. Verkauf von Privatholz nach Österreich. — 14. Warnung der Bevölkerung vor feindseliger Haltung. — 15. Amtsblätter. — 16. Aichwesen. — 17. Verbot des Verfütterns von Heu an Rinder etc. — 18. Feldpostkarten. — 19. Organisationsreglement der landwirtschaftlichen Schätzungskommissionen. — 20. Polizeiliche Bestimmungen betreffend die Aus- und Einfuhr über die Grenze, sowie zur Bekämpfung des Schnuggels. — 21. Falsche Fünfrubelnoten im Okkupationsgebiete. — 22. Vorspäne. — 23. Diebstähle von Bauholz. — 24. Prämien für Telegraphen-Linienwächter. — 25. Urteil. — 26. Steckbrief.

1.

E. Nr. 5061/16.

Warnung.

Ad Vdg. des k. u. k. Armeeeoberkommandos zu Q. Op. Nr. 8928 und Vdg. des Mil. Gen. Gouv. S. J. Nr. 11.447/16 vom 1. März 1916.

Mit der Entweichung der Kriegsgefangenen ist eine beteuende Gefahr, ein Nachteil für die eigene Armee verbunden.

Wer den Kriegsgefangenen im Bewusstsein dieses Nachteiles bei der Ausübung der Flucht Hilfe leistet, begeht das Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates nach § 327 MSTG.

Dieses Verbrechen unterliegt der standrechtlichen Behandlung und wird mit dem Tode durch den Strang bestraft.

Demnach wird jederman unter Androhung der

gesetzlichen Folgen gewarnt, Kriegsgefangene, sowie auch, da Kriegsgefangene und Spione sich zumeist der Zivilkleidung bedienen, nicht ortsansässige, fremde Personen unbefugter Weise, oder doch ohne Anzeige an die Militär- oder Ortsbehörde, zu beherbergen, sie zu verpflegen oder solchen Personen durch Anweisung des Weges, Verkleidung oder auf eine sonstige Art beim Fortkommen behilflich zu sein.

2.

Tabakmonopol.

Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernements vom 7. März 1916 Nr. 13640.

Mit 15. März 1916 tritt das Tabakmonopol im okkupierten Gebiete Polens in Kraft.

In den Tabakverschleissstätten dürfen nur die aus den k. u. k. Tabakverschleissmagazinen stammenden Fabrikate abgesetzt werden.

Die Errichtung und Besetzung neuer, sowie die Besetzung freigewordener Tabakverläge wird dem Generalgouvernement vorbehalten, die Errichtung und Besetzung der Tabaktrafiken liegt im Wirkungskreise der Kreiskommandos.

Prinzipiell dürfen die Tabakverläge und neu errichtete einträglichere Tabaktrafiken nur an die bedürftigen Witwen und Waisen nach gefallenen Angehörigen der k. u. k. Armee, sowie an die erwerbsunfähigen Angehörigen der Armee und Militärverwaltung verliehen werden.

Ansuchen polnischer Legionäre oder deren Hinterbliebenen sind wie die Angehörigen der Armee oder ihrer bedürftigen Witwen und Waisen zu behandeln.

Von der Verlags und Tabaktrafikführung werden ausgeschlossen:

- 1) Minderjährige;
- 2) wegen eines Verbrechens oder wegen einer Übertretung der Veruntreuung, des Betruges, des Diebstahles bestraft oder in Untersuchung stehende Personen, ferner die aus Anlass einer Gefällsübertretung vorbestraften Personen;
- 3) aus irgendwelchen anderen Gründen kein Vertrauen erweckende Personen;
- 4) jene Personen, die über kein entsprechendes Lokal verfügen.

Sämtliche Verläger und unter Umständen auch einträglichere Tabaktrafiken werden zum Jahres-Schlusse einer Revision unterzogen und auf Grund der Geschäftsergebnisse des abgelaufenen Jahres eventuell zu einer Gewinnrückzahlung verhalten werden.

3.

Herausgabe von Kriegsgut und Privateigentum.

Infolge des Erlasses des A. O. K. ad Q. Op. Nr. 13686 vom 17. Februar 1916 und des Befehles des M. G. G. vom 8. März 1916 A. Nr. 10635 wird Folgendes verlautbart:

In der Zeit der kriegerischen Operationen wurde Kriegsgut, sonstiges Staats- und Privateigentum teils entwendet, teils unterschlagen oder als Fund verheimlicht, wodurch Diebstahl, Veruntreuung oder Betrug begangen wurde.

In der Annahme, dass viele der Täter sich nur durch die ihnen aufgestossene Gelegenheit zu der Aneignung des fremden Gutes haben verleiten lassen, werden alle, welche hiedurch der Militärverwaltung oder Privatpersonen Schaden zugefügt haben, aufgefordert, das in ihrem Besitze befindliche fremde Gut, welcher Art immer, freiwillig herauszugeben und aufmerksam gemacht, dass die freiwillige Herausgabe des

fremden Gutes unter allen Umständen einen Milde-rungsgrund bilden wird, und dass beim Diebstahl und Veruntreuung die auf diese Art vor geschעהner Anzeige bewirkte Gutmachung des ganzen Schadens den Täter sogar straflos macht.

Kriegsgut oder sonstiges Staatseigentum ist beim Kreiskommando oder bei der Gendarmerie zu hinterlegen. Gegenstände des Privateigentums sind dem Eigentümer zurückzustellen; wenn der Eigentümer aber unbekannt oder abwesend wäre, beim k. u. k. Militärgerichte zu hinterlegen.

4.

K. u. k. Etappenpost- und Telegraphenamt I. Klasse in Ostrowiec.

Im Nachhange zu Pkt. 9 des Amtsblattes Nr. 4 werden die darin enthaltenen Bestimmungen in nachstehender Weise ergänzt:

»Zu diesem Amte gehören nachstehende Gemeinden des Kreises:

- 1) Kunów, 2) Ostrowiec, 3) Częstocice, 4) Bodzechów, 5) Cmielów, 6) Ożarów, 7) Lasocin, 8) Juljanów, 9) Ruda kościelna, 10) Waśniów, 11) Boksyce, 12) Grzegorzewice.

Es wird in Erinnerung gebracht, dass Karten und Briefe in russischer oder hebräischer Schrift sowie Korrespondenzen ohne Angabe des Absenders und Absendeortes für die Weiterbeförderung bei den Postämtern nicht angenommen werden.

5.

Unterhaltungen in öffentlichen Lokalen.

Das Abhalten irgendwelcher Unterhaltungen in öffentlichen Lokalen während der Nachtstunden mit oder ohne Musik ist ohne vorherige Bewilligung seitens des k. u. k. Kreiskommandos strengstens untersagt.

Zuwiderhandelnde werden exemplarisch bestraft.

6.

Kundmachung

des k. u. k. Militär General-Gouvernements betreffend neuen Tarif für die Beförderung von Zivilgütern, lebenden Tieren und Leichen.

Mit 1. Feber 1916 tritt auf den Linien der k. u. k. Heeresbahn ein neuer Tarif für die Beförderung von Zivilgütern, lebenden Tieren und Leichen in Kraft.

Durch diesen wird der Tarif vom 11. Juni 1915 nebst Nachtrag vom 6. September 1915 und Nachtrag II vom 5. Oktober 1915 aufgehoben.

Einzelne Exemplare des Tarifes sind in dem Verkaufsbüro, »Rekord« Lublin, Kapucyńska 2 und bei den Auskunftsstellen Krakau, Piotrków, Rzeszów und Lemberg zum Preise von K. 1.20 per Stück käuflich.

7.

Verzehrssteuereinhebung im Okkupationsgebiete.

Mit Rücksicht auf die notwendige Einheitlichkeit der Steuervorschriften und auf Grund des Artikels 48 der Haager Landkriegsordnung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass auf Grund der seitens der russischen Regierung erlassenen Verordnungen nachstehende Verzehrungssteuern seit 1. Jänner 1916 eingehoben werden:

I. 1. von Branntwein und Spiritus aus allerlei Stoffen mit Ausnahme deren aus Früchten und allerlei Beeren erzeugten in der Höhe von 20 Kopeken für einen Eimergrad oder 20 Rubel für einen Eimer absoluten Alkohols;

2. vom Alkohol, welcher in der Obst- u. Weinbeerenbrennereien aus Früchten und allerlei Beeren erzeugt wird, in der Höhe von 14 Kopeken für einen Eimergrad oder 14 Rubel für einen Eimer absoluten Alkohols;

3. vom Bier 3 Rs. für einen zur Einmischung verwendeten Pud Malzes. In den Bierbrauereien, welche Malz mittelst Handbetriebes oder Tierkraftbewegung einmischen und binnen eines Jahres nicht über 2000 Pud Malz verarbeiten, ist die Verzehrungssteuer á 2 Rs. 30 kop. für einen Pud abgewogenen Malzes einzuheben ohne Rücksicht auf den Extraktgehalt.

II. Banderollensteuer für Tabakfabrikate;

a) vom Rauchtobak für 1 Pfund:

der höchsten Sorte a)	4	Rubel	—	Kop.
» » » b)	3	»	20	»
» » » c)	2	»	50	»
der I Sorte	1	»	75	»
» II »	1	»	20	»
» III » a)	—	»	68	»
» III » b)	—	»	50	»

b) von Schnupftobak für 1 Pfund . 1 » 20 »

c) von Zigaretten für 1000 Stück:

der I Sorte	16	»	80	»
» II »	10	»	80	»
» III »	4	»	50	»

d) von Zigaretten mit Tabakblattdeckel und Pachilos (Strohzigaretten) für 1000 Stück 3 » 80 »

e) von Papierzigaretten für 1000 Stück:

der höchsten Sorte a)	6	»	50	»
» » » b)	4	»	50	»
der I Sorte	3	»	80	»
» II »	3	»	—	»
» III » a)	1	»	75	»
» III » b)	1	»	50	»

f) von Machorka — Papierzigaretten

für 1000 Stück 1 » — »

g) von Machorka — Rauch und

Schnupftobak für ein Pfund . . — » 24 »

III. 1. vom Zucker á 2 Rubel für einen Pud;

2. von Naphtabeleuchtungsölen und anderen Naphtaprodukten á 90 Kopeken für einen Pud;

3. vom Sandzucker- u. Raffinadezuckervorräten die Ergänzungsverzehrungssteuer.

IV. Von klaren Naphtaflüssigkeiten, welche aus dem Auslande eingeführt wurden, nebst der Zollgebühr auch die Verzerungssteuer á 90 Kop. pro 1 Pud und von nicht destillierten Mineralölen 30 Kopeken an Verzehrungssteuer.

V. Von mehligten Presshefen inländischer Provenienz á 32 Kopeken für ein Pfund und von jenen der ausländischen Provenienz á 36 Kopeken für ein Pfund verkaufsfähiger Presshefe.

VI. 1. Von den Sicherheitszündhölzchen (sogenannten schwedischen):

a) inländischer Provenienz für 1 Schachtel enthaltend bis 75 Stück á 1 kop.

von über 75 Stück bis 150 Stück á 2 kop.

» » 150 » » 225 » » 3 »

» » 225 » » 300 » » 4 »

b) aus dem Auslande eingeführten 1 Schachtel enthaltend bis:

75 Stück Zündhölzchen á 1½ kop.

von über 75 Stück bis 150 Stück . » 3 »

» » 150 » » 225 » . » 4½ »

» » 225 » » 300 » . » 6 »

2. Von allen anderen Zündhölzchen-Gattungen

a) der inländischen Provenienz im doppelten Ausmasse des sub lit. a) Punkt 1 festgesetzten Satzes und

b) der ausländischen Provenienz im doppelten Ausmasse des sub. lit. b) Punkt 1 festgesetzten Satzes.

VII. Von Zigarettenhülsen und geschnittenen Zigarettenpapier:

1. von 100 Stück Hülsen á 4 kop.;

2. von einem Zigarettenpapierbüchel enthaltend höchstens 50 Blätter geschnittenen Zigarettenpapier á 1 kop. Die Dimension eines Zigarettenpapierblattes in Bücheln oder Packetchen, welche mit einer Banderolle beklebt werden, darf 40 cm.² (5 × 8) nicht übersteigen.

Die Büchel und Packetchen, welche diese Dimension übersteigen werden, mit 2, 3, 4 und mehreren

Banderollen beklebt je nach der Dimension des Zigarettenpapierblattes, wobei die nicht volle 40 cm.² als volle berechnet werden.

Die Umhüllungen mit Zigarettenhülsen, deren Länge in dem zur Tabakfüllung bestimmten Teile 5 cm. nicht übersteigt, werden nach Massgabe der Stückzahl mit einer Banderolle des entsprechenden Wertes beklebt. Umhüllungen mit Zigarettenhülsen, deren Länge das obenwähnte Ausmass übersteigt, werden mit zwei, drei oder mehreren Banderollen, je nach dem beklebt, inwiefern die Länge der Hülsen das festgesetzte Ausmass übersteigt, wobei die nicht vollen 5 cm. als volle berechnet werden.

Obige Anordnungen werden auf Grund des k. u. k. Befehles des Etappenoberkommandos vom 24. November 1915 Nr. 106979 und des k. u. k. Militärgeneralgouvernements vom 10. Dezember 1915 Nr. 15005 ausgegeben.

8.

Ausserkraftsetzung aller Kundmachungen, welche vor Aufstellung des k. u. k. Kreiskommandos im Kreise Opatów erlassen wurden.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis verlautbart, dass nur jene Kundmachungen bindend und gültig sind, welche von k. u. k. Kreiskommando oder aber auf Grund von Anordnungen (Befehlen) des k. u. k. Kreiskommandos erlassen werden. Kundmachungen, welche von anderen insbesondere von Behörden vor der Aufstellung des h. o. Kreiskommandos erlassen wurden, sind ausser Kraft.

9.

Frühjahrsanbau.

Nachdem der Herbstanbau 1915 ein unbefriedigendes Resultat gezeitigt hat, ist es unbedingt notwendig, dass der Frühjahrsanbau heuer mit allen Mitteln und in intensivster Weise durchgeführt wird.

Das k. u. k. Kreiskommando wird alles aufbieten, um ausser den in seinem Bereiche befindlichen Motorpflügen noch weitere Dampfpflüge zu beschaffen und tierische Zugkraft beizustellen.

1) Hinsichtlich der tierischen Arbeitskraft wird verfügt:

a) Zwangsweise Heranziehung aller nicht landwirtschaftlichen Zwecken dienenden Gespanne in Städten und grösseren Ortschaften für den Frühjahrsanbau und deren Zuteilung an die diesbezüglich notleidenden Landwirte.

b) Heranziehung der Gespanne der Kleingrund-

besitzer nach Beendigung der eigenen Anbauarbeiten zur Bebauung der Aecker des Grossgrundbesitzers gegen entsprechende Entschädigung (Einspännig K. 6, zweispännig K. 10 per Tag).

c) Zwangsweises Einspannen der Kühe zur Durchführung leichter Arbeiten (Eggen etc.).

1) Zwangsweise Heranziehung der Bevölkerung auch der Frauen und Kinder zu landwirtschaftlichen Arbeiten, bei ortsüblicher Entlohnung im Wege der betreffenden Ortsvorstehungen und im Verhältnis zur Anzahl der Einwohner.

Die landwirtschaftlichen Organisationen haben den Bedarf an Maschinen, Geräten und Ersatzteilen so rasch als möglich dem k. u. k. Kreiskommando bekanntzugeben; dieses wird diese Organisationen mit allen Mitteln unterstützen.

Brache wird nicht geduldet, und es wird zur Verhinderung derselben, nötigenfalls mit Zwangsmassregeln vorgegangen werden.

10.

Feuerwehren.

Die Anschaffung, der Ersatz und die Konservierung der Feuerlöschrequisiten (Spritzen, Wasserwagen, Leitern, Wassereimer etc.) wird den Gemeinden zur strengsten Pflicht gemacht.

Jene Gemeinden, welche schon im Besitze dieser Utensilien sind, haben der einwandfreien Erhaltung derselben ihre grösste Obsorge zu widmen und sich durch häufigere Erprobungen Gewissheit von der steten Brauchbarkeit derselben zu verschaffen. Vorkommende Mängel sind sofort zu beheben, der Bedarf an Nachschaffungen ist in den Geldvoranschlag der nächsten Jahres einzusetzen.

Gemeinden, welche noch keine Feuerlöschrequisiten besitzen, haben dieselben nach sich ergebenden finanziellen Möglichkeiten, nach und nach zu beschaffen.

11.

Prämien für Anzeigen der nicht angemeldeten Vorräte an Körnerfrucht.

Im Sinne der Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernements in Lublin W. A. Nr. 95 vom 20. Jänner 1916 erhält jede Person, welche bei der Bestandaufnahme nicht angemeldete Vorräte an Körnerfrucht und Heu dem k. u. k. Kreiskommando zur Anzeige bringt, für die Anzeige eine Entlohnung im Ausmasse von 10% des Wertes der zur Anzeige gebrachten Menge als Anzeigeprämie.

Nicht angemeldete Vorräte werden konfisziert.

12.

Massnahmen zur Vertilgung von Obstbaumschädlingen.

Es wurde die Wahrnehmung gemacht, dass viele Obstbäume mit Schädlingen behaftet sind.

Um diesem Übelstand abzuhelpen, ordne ich an, dass alle mit Schädlingen behafteten Obstbäume seitens der Besitzer unbedingt noch in diesem Monate gründlich gereinigt und auch die Rinde dieser Bäume vom Erdboden hinauf bis zur Abzweigung der Hauptäste mit Kalkmilch getüncht werden.

Bei diesem Anlasse ist eine grosse Sorgfalt darauf zu legen, dass die von den Bäumen entfernte Brut der Schädlinge nicht am Erdboden liegen gelassen, sondern durch Feuer vernichtet werde.

Der Vollzug dieser Anordnung ist durch die Wójty, Soltysy und durch die k. u. k. Gendarmerieorgane zu überwachen.

13.

Verkauf von Privatholz nach Österreich.

Diejenigen Waldbesitzer und Holzhändler, welche keinen Absatz für ihre Holzvorräte im Okkupationsgebiete finden, können dieselben der Warenverkehrszentrale Krakau, Długa 1, zum Ankauf anbieten.

Die diesbezüglichen Offerten sind direkt an die genannte W. V. Z. zu richten und müssen dieselben genaue Angaben über Holzgattung, Sortiment und Masse im m.³ bzw. Rm.³ enthalten.

Der Preis soll loco Waggon, in seltenen Fällen nur loco Wald festgestellt werden, wobei zugleich aber die Entfernung zur Bahnstation, sowie die beiläufigen Zustellungskosten anzugeben sind.

Sollte mit den im Kreise vorhandenen Zugkräften die Zustellung unmöglich erscheinen, dann ist dies in der Offerte ausdrücklich zu bemerken.

14.

Kundmachung.

Anlässlich des in Klonow (Kreis Radom) vorgekommenen Falles, dass die dortige Bevölkerung gelegentlich der Amtshandlung einer Gendarmeriepatrouille gegen letztere aggressiv vorging und die Verhaftung eines Landwirtes zu vereiteln suchte, hat das Kreiskommando Radom über die Ortschaft eine Strafe in Höhe von 2000 Kronen verhängt. Die diesbezügliche

amtliche Verlautbarung des Kreiskommandos in Radom lautet:

„Strafverfügung.“

Am 7. Jänner 1916 haben sich die Einwohner des Dorfes Klonów und der Kolonie Klonów Gemeinde Kuczki, anlässlich der Verhaftung des Landwirtes Vinzenz Mucha gegen eine k. u. k. Gendarmeriepatrouille des Gendarmeriepostenkommandos Kuczki gewalttätig dadurch benommen, dass sie die Verhaftung zu vereiteln versuchten und die Patrouille durch Werfen von Steinen, Latten, etc. tätlich angegriffen haben, wodurch letztere sich veranlasst sah, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Da sich an diesem Gewaltakte sämtliche Einwohner des Dorfes und der Kolonie Klonów beteiligt haben, wurde der Ortschaft und der Kolonie Klonów eine Strafe in der Höhe von 2000 Kronen, welche zu Gunsten des Armenfondes verwendet werden wird auferlegt.

Die Redelführer wurden verhaftet und dem Militär-Gerichte des k. u. k. Kreiskommandos zur strafgerichtlichen Verfolgung eingeliefert.

Zufolge Befehles des k. u. k. Militärgeneralgouvernements Lublin Präs. Nr. 2956/10 bringe ich den vorangeführten Vorfall als warnendes Beispiel zur allgemeinen Kenntnis vor und fordere die Bevölkerung des Kreises unter Hinweis auf die schweren Folgen, welche ein solches Verhalten nach sich ziehen müsste auf, bei allen Amtshandlungen, sei es der Gendarmerie, sei es der dazu berufenen Organe ein unbedingtes Gehorsam zu leisten, jedes Auflehn gegen die getroffenen Anordnungen zu unterlassen, widrigenfalls gegen die Schuldigen mit aller Strenge vorgegangen werden müsste.

Ausser diesem Falle ereignet sich hie und da noch immer, dass Militärpersonen, Posten und Patrouillen sowohl von einzelnen gemeingefährlichen Individuen als auch von ganzen Banden gefährlich bedroht oder sogar angegriffen werden.

Auf Befehl des k. u. k. Militärgeneralgouvernements in Lublin I. Präs. Nr. 2879 vom 3. März 1916 wird deshalb nachstehendes verlautbart:

Ungeachtet aller Aufforderungen und allen Befehlen zuwider, schützt und unterstützt manchmal sogar die Bevölkerung solche verbrecherische Taten, duldet und verbirgt die Verbrecher.

Da diese Haltung der Bevölkerung die Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit äusserst erschwert, werden in Zukunft nicht nur die Mitschuldigen zur strengsten Verantwortung gezogen, sondern wird über jede Gemeinde, in der sich der Vorfall ereignete, eine hohe Geldstrafe verhängt.

15.

Amtsblätter.

Es wurde die Wahrnehmung gemacht, dass die Bevölkerung sich öfters in Unkenntnis der durch die Verordnungen des A. O. K. und des Mil. Gen. Gouv. sowie der durch die Amtsblätter des Kreiskommandos kundgemachten gesetzlichen Bestimmungen befindet. Diese Verordnungen und Amtsblätter bilden eine reiche Quelle zahlreicher Vorschriften, deren Unkenntnis für die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse jedermanns sehr ungünstige Folgen haben kann. Da aber einerseits durch die Unkenntnis der Gesetze sich niemand rechtfertigen darf, anderseits aber dadurch viele Leute die ihnen eingeräumten Rechte und Vorteile verwirken, wird allen öffentlichen Organen zur Pflicht gemacht, dem Lesen und Studium der gedachten Verordnungen und Amtsblätter die volle Aufmerksamkeit zu widmen und für die Verbreitung der darin enthaltenen Bestimmungen in den breitesten Schichten der Bevölkerung Sorge zu tragen. Ebenfalls werden die Geistlichkeit und Lehrerschaft sowie die Rabbiner eingeladen, in dieser Richtung auf die Bevölkerung belhrend einzuwirken. Insbesondere obliegt aber diese Pflicht den Gemeindevorstehern und den Gemeindegemeindeführern, welche ich, sollte dieser Befehl gegen Erwarten nicht befolgt werden, zur Verantwortung ziehen werde.

Die Verordnungen des A. O. K. und des Mil. Gen. Gouv. haben in den Gemeindegemeindeführern zur Einsicht durch jedermann aufzuliegen.

Mit den Amtsblättern werden ausser den Gendarmerie u. Finanzwachorganen die Pfarrämter, die Schulleitungen die Vorstehungen der israel. Kultusgemeinden und die Hilfskomitees unentgeltlich beteiligt. Für die Gemeinden wird die Pränumerationsgebühr von 1 K. vierteljährlich festgesetzt, welche durch die Gemeinden für das 1 Vierteljahr bis zum 15 April l. J. an das Kreiskommando abzuführen ist.

Für Privatparteien beträgt die Pränumerationsgebühr 2 K. vierteljährlich.

16.

Aichwesen.

**Verordnung des k. u. k. Militärgeneralgouvernements
Nr. 11385/15 vom 26. Jänner 1916.**

Zur Beaufsichtigung des Aichwesens im okkupierten Gebiete und Erledigung der Aichgeschäfte wurde beim k. u. k. Militärgeneralgouvernement ein Aichamt mit dem Sitze in Lublin reaktiviert.

Der Amtsbereich des Aichamtes erstreckt sich

auf das ganze okkupierte Gebiet, welches unter der Verwaltung des Militärgeneralgouvernements steht.

Das Aichen und Nachaichen aller im Verkehre stehenden oder für den Verkehr bestimmten Masse, Gewichte und Wagen erfolgt gemäss den Vorschriften des russischen Gesetzes über Masse und Wagen (best. am 4./6. 1899. Handelsgesetz Art. 714—765) gegen Einhebung der Aichgebühren gemäss den Vorschriften der Gesetzsammlung über Staatsgebühren Abschnitt 10 Artikel 398—403 der Gesetzsammlung des russischen Kaiserreiches Band V.

17.

Verbot des Verfütterns von Heu an Rinder etc.

Ad Verordnung des Armeeoberkommandos (Qu. Abt.) Nr. 30270 wird die Verfütterung von Heu an Rinder, Schafe und Ziegen für den Gouvernementsbereich verboten. Zur Fütterung der genannten Tiergattungen sind Kartoffel, Futterrüben, Zuckerrübenschnitte und Stroh, sowie sonstige erlangbare Surrogate zu verwenden.

Zuwiderhandelnde werden vom k. u. k. Kreiskommando mit einer Geldstrafe bis 2000 Kr. bzw. Arrest bis 6 Monaten bestraft.

18.

Feldpostkarten.

Die privat hergestellten Feldpostkorrespondenzkarten müssen, mit Ausnahme der Farbe des Papiers, den amtlich aufgelegten Karten völlig gleichen und daher insbesondere auch mit dem gleichen Vordrucke, ohne sprachliche und sonstige Abweichungen, versehen sein, widrigenfalls sie von der Postbeförderung ausgeschlossen werden.

19.

**Organisationsreglement der landwirtschaftlichen
Schätzungskommissionen.**

Das k. u. k. Militärgeneralgouvernement hat mit Verordnung Nr. 19.381 ex 1915 verfügt, dass in Hinkunft die Feststellung aller Kriegsschäden in den Landgemeinden und kleinen Städten (ausgenommen Kreisstädte) durch Lokal-Schätzungskommissionen vorzunehmen sein wird, zu welchen in erster Reihe Organe der Selbstverwaltung (Gemeinderichter, Wójts, Soltyse, Gemeindebevollmächtigte), dann auch Vertreter der lokalen Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereine herangezogen werden. Vom Kreiskom-

mando wird ein Regierungskommissär an den Sitzungen teilnehmen und die Aufsicht führen.

Die Vornahme der Erhebungen wird fallweise verlautbart werden. Wenn die Kriegsschäden bei einzelnen Parteien bereits einmal amtlich festgestellt wurden, haben dieselben das in ihrem Besitze befindliche Kommissionsprotokoll der Schätzungskommission vorzulegen.

In der Kreisstadt Opatów erfolgt die Feststellung der Kriegsschäden und mangelhaft bescheinigten Requisitionen nach wie vor durch die Militärkommissionen, jedoch grundsätzlich nur über fallweises Ansuchen der geschädigten Partei.

Nachstehend wird das Organisationreglement der landwirtschaftlichen Schätzungskommissionen für die Landgemeinden verlautbart.

§ 1) Die landwirtschaftlichen Schätzungskommissionen sind vom Zentralhilfskomitee zur Schätzung der unmittelbaren materiellen Kriegsschäden, die in den Jahren 1914 und 1915 in den Dörfern und kleineren Städten (nicht Kreisstädten) verursacht worden sind, berufen. Die mittelbar durch den Kriegszustand verursachten Schäden, sowie alle Schäden, welche noch nicht festgestellt sind, unterliegen keiner Schätzung.

§ 2) Die landwirtschaftlichen Schätzungskommissionen gliedern sich in:

A) Lokale landwirtschaftliche Schätzungskommissionen, welche die Feststellung und Schätzung der Schäden an Ort und Stelle vorzunehmen haben und bestehen aus:

- a) Einem Vertreter der Gemeindeverwaltung, der womöglich am Orte ansässig sein soll (Wojt, Soltys oder dessen Bevollmächtigter);
- b) Nach Möglichkeit aus einem Vertreter eines lokalen, gemeinnützigen, kulturellen oder anderen öffentlichen Interessen dienenden Vereines (landwirtschaftlicher Verein, landwirtschaftliche Genossenschaft, Konsumverein etc.);
- c) Aus einem vom Schätzungsausschusse des betreffenden Gebietes im Einvernehmen mit dem Kreishilfskomitee delegierten Referenten, welcher gleichzeitig den Vorsitz in der Kommission zu führen hat.

Der Wojt der Gemeinde ist berechtigt, an den Arbeiten der Kommission im Umkreise seiner ganzen Gemeinde mit beratender Stimme teilzunehmen, insofern er nicht im speziellen Falle zum Mitgliede dieser Kommission berufen ist. Der Referent welcher Mitglied ist, kann in mehrere Kommissionen delegiert werden.

B) Landwirtschaftliche Kreisschätzungskommissionen, welche das letzte Gutachten über alle Schätzungsoperate abzugeben haben und im Bedarfsfalle

nochmals das ganze Operat zu überprüfen haben; diese Kommissionen bestehen aus:

- a) Einem Delegierten des Kreishilfskomitees, womöglich gewählt aus landwirtschaftlichen Kreisen.
- b) Einem Gemeinderichter, der durch das Kreishilfskomitee im Einvernehmen mit dem k. u. k. Kreiskommando zur Kommission eingeladen wird.
- c) Einem Mitglied als Referenten, delegiert durch den Schätzungsausschuss des betreffenden Gebietes, der zugleich den Vorsitz in der Kommission zu führen hat. Der Referent muss nicht unbedingt im betreffenden Kreise ansässig sein.

Jeder Kreiskommission kann nach Ermessen des k. u. k. Kreiskommandanten ein Delegierter des k. u. k. Kreiskommandos als Regierungskommissär zugeteilt werden.

Die Kreiskommission ist beschlussfähig, wenn an den Beratungen der Referent und noch ein Mitglied teilnehmen. Die Kreiskommissionen versammeln sich periodisch an den im vorhinein für jeden Kreis durch den Schätzungsausschuss der betreffenden Gegend bestimmten Terminen, die für jede Provinz speziell festgesetzt sind.

Von der Sitzung der Kreiskommission ist vorher der Regierungskommissär zur verständigen.

C) Landwirtschaftliche Landesschätzungskommissionen, welche alle Operate der Lokalen Kommissionen überprüfen und zur Bestätigung durch die Kreiskommissionen geeignet finden, oder aber dieselben an die lokalen Kommissionen zur neuerlichen Bearbeitung zurücksenden. Sie besorgen alle administrativen Geschäfte, wie Bestimmung der Referenten, Rechnungslegung, Versorgung der Kommissionen mit Drucksorten u. s. w. In Ausnahmefällen kann die Landesschätzungskommission durch einstimmigen Beschluss ein durch die Kreiskommission bestätigtes Operat umstossen und eine neuerliche Schätzung anordnen.

Die Landesschätzungskommissionen bestehen aus:

- a) Einem Delegierten des Hilfskomitees des betreffenden Gebietes.
- b) Einem Delegierten des landwirtschaftlichen Vereines.
- c) Einem Delegierten der Bodenkreditanstalt.

Alle drei Stufen der Kommissionen haben sich nach dem Reglement und den Instruktionen zu richten, welche vom Hauptschätzungskomitee zu bestätigen sind, das die ganze Aktion organisiert und dann das ganze auf diese Weise gewonnene statische Material zu ordnen hat.

§ 3) Vom Beginn der Schätzungstätigkeit sind

die Beschädigten zu verständigen, dass ihnen die Schätzung keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung gewährt und ausschliesslich als Zusammenstellung aller in dem Distrikt verursachten Schäden gilt.

Die Schätzung der Kriegsschäden kann nur mit Bewilligung des Beschädigten stattfinden und nur in diesem Falle kann die Entrichtung der Gebühren und Taxen gefordert werden. Die lokalen Instruktionen für jedes Gebiet bestimmen diese Taxen und regeln auch, wer und aus welchem Grunde von der Entrichtung dieser Taxen befreit werden kann.

Erwünscht wäre die Schätzung aller Kriegsschäden im ganzen Lande.

§ 4) Alle Mitglieder der Schätzungskommissionen aller drei Kategorien, Sachverständigen und Beschädigten können, falls notwendig, beeidet werden, wenn sie mit der Beeidigung einverstanden sind. Verweigern die Sachverständigen und Beschädigten den Eid, so ist dies im Protokolle ersichtlich zu machen und sind die sich weigernden zu verständigen, dass sie in Zukunft beeidet werden können vorläufig sind sie zu dem feierlichen Versprechen aufzufordern, die Wahrheit zu bekennen.

§ 5) Kein Mitglied der Schätzungskommissionen aller drei Kategorien darf an der Schätzung der ihm, seinen nahen Verwandten in auf — und absteigender Linie, seinen Geschwistern oder seinen Verschwägerten des gleichen Grades verursachten Schäden teilnehmen.

§ 6) Bei den Schadensabschätzungen sollen sich die lokalen Schätzungskommissionen genau an die allgemeinen Instruktionen halten, ebenso an die Instruktionen und Entschädigungslisten, welche vom Zentralausschusse für die Schätzungskommissionen aller Distrikte herausgegeben worden sind, sowie an die Änderungen und Ergänzungen, die von der Landes-schätzungskommission für die betreffende Gegend erlassen worden sind.

Je nach dem, ob in einzelnen Fällen die Kriegsschäden Gegenstand amtlicher Erhebungen waren, haben die Beschädigten das Kommissionsprotokoll, welches sich in ihrem Besitze befindet, den Schätzungskommissionen vorzulegen. (Das sind die Protokolle der Militärkommissionen und die zu Beweissicherungszwecken aufgenommenen gerichtlichen Protokolle).

Solche Schäden dürfen nicht zum zweiten Male geschätzt werden, jedoch sollen die Ergebnisse der Erhebungen in die allgemeinen Ausweise eingetragen werden. Für die Schätzung der Gegenstände ist ihr normaler Wert zu Friedenszeiten und nicht der gegenwärtige, durch die ausserordentlichen Umstände verursachte erhöhte Wert massgebend.

§ 7) Bei der Schätzung der Schäden ist festzustellen:

a) Ob sich formelle Requisitionsquittungen und in welchem Wert im Besitze des Geschädigten befinden, von und über welchen Betrag dieselben ausgestellt sind. Gleichzeitig ist ein Spezialausweis über solche Quittungen auf einer entsprechenden Drucksorte zusammenzustellen und die Glaubwürdigkeit festzustellen.

b) welche Luxusgegenstände, die nicht unbedingt zum Lebensunterhalt notwendig sind, der Geschädigte eingebüsst hat und wie hoch er diesen Schaden bewertet. Ein Verzeichniss dieser Gegenstände ist aufzunehmen und die Glaubwürdigkeit des Geschädigten zu begutachten.

Die Summe dieser Schätzungen ad a, b, darf in die allgemeine Summe der Schäden nicht einbezogen werden.

Die durch die Requisition entstandenen Schäden, für welche formelle Quittungen nicht ausgestellt wurden, sollen separat in den Ausweis über die mangelhaft bescheinigten Requisitionsansprüche aufgenommen werden.

Ist auf den Quittungen der Wert der requirierten Gegenstände zu niedrig angegeben, dann soll die Differenz der Werte in die allgemeine Summe der Schäden einbezogen werden.

§ 8) Mann soll nach Möglichkeit darnach trachten, bei Feststellung der Requisitionsschäden, für welche formelle Quittungen fehlen, und auch bei Schätzung der nicht aus Requisitionen, sondern aus anderen Gründen entstandenen Schäden festzustellen, welches Militär, welcher Truppenkörper, wann und unter welchen Umständen der Schaden verursacht wurde.

Es ist zu unterscheiden zwischen Schäden, die das Militär angerichtet hat infolge von Kämpfen, und Schäden, welche durch die örtliche oder eingewanderte Bevölkerung verursacht wurden. Je genauer die Erhebung, desto wertvoller das Material.

§ 9) Der Geschädigte hat sich immer bei Erhalt einer Abschrift der Entscheidung der lokalen Schätzungskommission darüber zu äussern, ob er mit dieser Schätzung einverstanden ist und eine Abschrift des ganzen Operates verlangt. Falls er mit der Entscheidung der lokalen Kommission nicht einverstanden ist, muss er sich bereit erklären zur Tragung der Kosten jener Kommission, welche von der Landesschätzungskommission zur Überprüfung dieser Schätzung delegiert werden soll.

Zur Tragung dieser Kosten ist er nicht verhalten, wenn sich seine Beschwerde als begründet erweist.

§ 10) Die lokalen Schätzungskommissionen haben alle fertigen Operate an die Landeskommision einzusenden. Die Landeskommision überprüft die Operate und legt sie der Kreiskommision zur Bestä-

tigung vor. Die Operate sind an die Landeskommission zurückzuleiten, welche die Kopien für die Geschädigten über deren Verlangen anfertigt u. die statistischen Ausweise für die Kreiskommission zwecks Versendung an die k. u. k. Kreisbehörden im Sinne des Erlasses des k. u. k. MGG. Nr. 12. 259 ausfertigt.

20.

Polizeiliche Bestimmungen betreffend die Aus- und Einfuhr über die Grenze, sowie zur Bekämpfung des Schmuggels.

Im Nachhange zu der Verlautbarung im Amtsblatte Nr. 4 vom 15 Februar 1916. Absatz 6. wird als Punkt V folgendes angeordnet:

V: Die Einfuhr aus dem deutschen Verwaltungsgebiete ist östlich der Weichsel ausnahmslos verboten

Hingegen können westlich der Weichsel Waren jedweder Art an allen Grenzstellen eingeführt werden. Bezüglich Einfuhr aus der Monarchie gelten die für diese in Kraft stehenden Ausfuhrbestimmungen.

21.

Falsche Fünfrubelnoten im Okkupationsgebiete.

Es ist das Vorkommen falscher Fünfrubelnoten in Russisch-Polen konstatiert worden.

Dieselben sind aus zwei dünnen Papierblättern zusammengeklebt, welche jedoch wenn man sie zwischen zwei befeuchteten Fingern in entgegengesetzter Richtung andrückt, auseinandergehen. Die gefälschten Fünfrubelnoten kann man auch dadurch von den echten unterscheiden, dass die Wasserzeichen auf befeuchteten Notenpapier hervortreten.

Die Bevölkerung soll vor Annahme solcher falschen Papiernoten in geeigneter Form aufmerksam gemacht werden.

22.

Vorspänne.

Es sind in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, dass die von den Gemeindevorstehern und Soltysen bestimmten Vorspänne überhaupt nicht oder nicht in der bestimmten Anzahl zugestellt wurden.

Ich mache die Furwerksbesitzer darauf aufmerksam, dass die Nichtbefolgung der diesbezüglichen Verordnungen der Gemeindevorsteher und Soltysen an Ort und Stelle strengstens bestraft und bei wiederholter Resistenz eine Kontribution auf die Ortschaft auferlegt wird.

23.

Diebstähle von Bauholz.

Seitens der Losbauführer werden öfters Beschwerden eingebracht, dass Holz, welches für den Bau bestimmt ist und sogar Brückenholz von den fertiggestellten Brücken seitens der Einwohnerschaft gestohlen wird.

In einem Baulos haben sich nun bei der Revision durch die Gendarmerie auch gestohlene Schienen, welche Eigentum der L. F. B. Sektion I. sein dürften, vorgefunden.

Im Falle wiederholter Diebstähle werden nicht nur die Täter sondern auch die diesbezüglichen Gemeinden mit empfindlichen Geldstrafen belegt.

24.

Prämien für Telegraphen-Linienwächter.

Zufolge vorgekommener Beschädigungen der Telegraphen und Telefonleitungen bringe ich abermals in Erinnerung:

Die Gemeinden haften für alle Beschädigungen und Diebstähle an den Leitungen, auch hinsichtlich der nicht im Betriebe stehenden oder teilweise zerstörten Leitungen, welche keiner besonderen Bewachung unterliegen. Im Falle der Nichteinbringung des Täters werden die Gemeinden mit empfindlichen Geldstrafen belegt.

Wer einen verbrecherischen Anschlag gegen Telegraphen- (Telephon-) Leitungen vor Verübung der Tat voll aufdeckt, oder erfolgte böswillige Beschädigung solcher Leitungen mit Angabe der Täter raschenst beim nächsten k. u. k. Kommando, Gendarmerieposten oder Postamte meldet, hat Anspruch auf eine Geldprämie von 5 bis 50 Kronen.

25.

Urteil.

Das Militärgericht der k. u. k. Kreiskommandos als Kriegsgericht in Opatów hat mit Urteil vom 10. Februar 1916:

1) Johann Kowal, 34 Jahre alt, geboren in Sadowie, in Ostrowiec heimatzuständig, röm. kat. verh. Sohn des Tomas u. der Marianna, Miliziant in Ostrowiec;

2) Michael Nowak, 39 Jahre alt, geboren in Bokszyce, in Ostrowiec heimatzuständig, röm. kat. verh. Sohn des Tomas u. d. Josefa, Miliziant in Ostrowiec,

des Verbrechens des Missbrauches der Dienstgewalt nach §. 380 M. St. G. begangen dadurch, dass sie in ihrer dienstlichen Stellung als Milizianten der Stadt Ostrowiec von der ihnen anvertrauten Dienstgewalt Missbrauch getrieben haben, um sich einen Vorteil im Gelde zu verschaffen, schuldig erkannt und gemäss §. 382 M. St. G. unter Anwendung des §. 125 M. St. G. zur Strafe des schweren Kerkers in der Dauer von 3 Monaten verurteilt.

Hingegen wurde der Angeklagte Josef Fialkowski, geboren in Kunow am 19. März 1889, in Ostrowiec heimatzuständig, röm. kat., verh., Sohn des Wojciech mit der Katarina, Miliziant in Ostrowiec, von der Anklage wegen desselben Verbrechens wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

VALERIAN FEHMEL, Oberst, m. p.

26.

Steckbrief.

Der Kerkersträfling Michael Soja, geboren und zuständig in Szumsko Gemeinde Rembow, 26 Jahre alt, röm. kat. ledig, Sohn des Ignacy und Antonina, Tagelöhner in Szumsko, ist am 9. März l. J. während des Rücktransportes aus dem Spital in Krakau auf der Station Góry, Kreis Sandomierz entwichen.

Personsbeschreibung: Ca 160 cm. hoch, mittelstark, braunes Haar, glattes Gesicht bes. Kennzeichen ober- und unterhalb der Augen starke Geschwülste

Nähere Angaben sind an das Kreisgericht in Opotów zu richten.